EUROPÄISCHE UNION – PANEUROPA –

Wolfgang Seeger

Der Untergang der Völker Europas in einem eurasisch-negroiden Völkergemisch

Volkserhaltung beim jüdischen Volk



GRABERT

74 Tübingen · Postfach 1629

Warum sollen Ausländer »integriert« werden?

In der Bundesrepublik Deutschland wohnten Anfang des Jahres 1984 über 4,5 Millionen Ausländer (einschließlich ihrer Familienangehörigen) – die Zahl der sich unangemeldet (illegal) hier zusätzlich aufhaltenden Ausländer kann nur geschätzt werden.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland betrug im Februar 1984 2 536 600, davon waren 303 700 Ausländer (»Presse- und Informationsamt der Bundesregierung« – Bulletin Nr. 26 vom 9. 3. 1984).

Bei dieser Lage verstehen sehr viele Deutsche nicht, daß die hier wohnenden Ausländer nicht wieder in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden, damit der deutsche Arbeitsmarkt entlastet wird und die arbeitslosen deutschen Arbeiter wieder einen Arbeitsplatz sowie die deutschen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten können. (Die Zahl der ausländischen Lehrlinge im Bereich der Industrie- und Handelskammern ist im vergangenen Jahr um 13,6 Prozent auf 18 800 gegenüber dem Vorjahr gestiegen – siehe »Stuttgarter Nachrichten« vom 4. 4. 1984.) Bekanntlich sieht jeder Staat auf der Welt darauf, daß zuerst seine Volksangehörigen ihr Auskommen haben, bevor Fremde Arbeits- und Ausbildungsplätze besetzen dürfen. Durch eine Rückführung der Ausländer in ihre Heimatländer würden auch die Staatsausgaben gewaltig entlastet – die jährliche *Neu*verschuldung des Staates in Höhe von rund 30–40 Milliarden Deutsche Mark würde entsprechend schrumpfen bzw. verschwinden.

Die ausländischen Arbeitskräfte haben auch keinerlei Rechtsanspruch auf einen dauernden Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland; sie sind alle *freiwillig* zum Arbeitseinsatz gekommen und haben ihre Familienangehörigen selbst nachgeholt – sie haben keinerlei Recht, die Bundesrepublik Deutschland als ihre neue Heimat zu betrachten –, sie sind nur als Arbeitskräfte auf Zeit angeworben worden und nicht als Einwanderer, denn die Bundesrepublik Deutschland ist deutsches Land, und dieses Land gehört der alteingesessenen deutschen Bevölkerung und darf von niemandem fremden Volksgruppen zur Verfügung gestellt werden.

Professor Dr. Theodor Schmidt-Kaler weist darauf hin, daß in den Anwerbeverträgen mit den Entsendeländern sich diese verpflichteten, jederzeit formlos ihre Staatsangehörigen zurückzuübernehmen, und daß in den meisten Staaten arbeitslos gewordene Ausländer das Land verlassen

müssen, in der Schweiz unverzüglich, wobei notfalls Abschiebemaßnahmen getroffen werden (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 5. 11. 1982).

Über die Schweizer Verhältnisse berichtet das Nachrichtenblatt »Fuchsbriefe« (Dr. Hans Fuchs GmbH, Koblenzer Str. 37–39, 5300 Bonn 2, 9. 3. 1983), daß die für 1983 beschlossenen Ausländer-Kontingente für die Kantone herabgesetzt werden, »obwohl in den Fremdenverkehrs-Kantonen Mangel an Hilfs- und Saisonarbeitern herrscht, in den großen Fabriken Fachleute aus dem Ausland dringend gebraucht werden, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Dagegen wird ein großes Konjunktur-Programm (über 1 Mrd.sfr.) verwirklicht, um die wenigen Arbeitslosen von der Straße zu bekommen. . . Die Regierung glaubt, daß die Bevölkerung schon bei geringfügiger Gefahr für die Arbeitsplätze von ihr den unbedingten Schutz der heimischen Bevölkerung vor der Konkurrenz der Ausländer verlangt. Aus deutscher Sicht geradezu ›sagenhaft‹. Das Tollste aber ist, daß die Schweiz keineswegs international wegen dieser ›unsolidarischen Arbeitsmarktpolitik‹ gerügt wird.«

Warum handelt die westdeutsche Regierung nicht ähnlich wie die Schweizer Regierung?

Kann sie nicht, darf sie nicht, will sie nicht oder steht sie etwa unter bestimmten Glaubensvorstellungen?

Anstatt die notwendige Rückführung der ausländischen Arbeitskräfte mit ihren Familienangehörigen in ihre Heimatländer ohne Ausnahme zu veranlassen und so diese Menschen wieder in ihrem Volke zu verwurzeln, wird auf eine »Integration« der Ausländer sehr großer Wert gelegt. In den von der Bundeszentrale für politische Bildung (Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn) herausgegebenen »Informationen zur politischen Bildung« (Nr. 201, 1984, S. 29) steht über die Bedeutung des Wortes »Integration« u. a. folgendes:

»Das Wort, wenngleich in vieler Munde, ist bisher eine schillernde Worthülse geblieben, deren Inhalt je nach Standort von Assimilierung über Errichtung einer ›multikulturellen Gesellschaft‹ bis zum bloßen ›seid nett zueinander‹ reicht.«

Als Ziel der Intergrationspolitik wird dort aufgeführt:

»Ziel der Integrationspolitik soll sein, das Hineinwachsen der Ausländer und ihrer Familien in die gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten unseres Landes zu erreichen. Wie weit diese Eingliederung geht und wie groß die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität sein soll, darüber gehen die Meinungen auseinander. Erkennbar ist, daß eine staatliche

Integrationspolitik außer Arbeitsmarktpolitik auch Bereiche der Familienpolitik, Sozialpolitik, Jugendpolitik, Bildungspolitik und Kulturpolitik wird enthalten müssen.

Einigkeit besteht darüber, daß hauptsächliche Zielgruppe der Integrationspolitik die zweite und dritte Ausländergeneration zu sein hat. Das ist die Konsequenz aus der Tatsache, daß diese Kinder und Jugendlichen zwischen den Nationen aufwachsen. Wenn ihre Eingliederung in das deutsche Bildungs- und Beschäftigungssystem nicht gelingt, wird ihr Abgleiten in ein Subproletariat befürchtet.«

Dieses »schillernde« Fremdwort, das so vieldeutig ist und mit dem die wahren Absichten verschleiert werden können, bedeutet auf Deutsch: Entwurzelung der davon betroffenen Ausländer und ihre Eingliederung in einen fremden Volkskörper, was dann früher oder später zur Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung und damit zum Untergang der ausländischen Volksgruppe führt. Daß die einheimische Bevölkerung durch die Vermischung mit Ausländern genauso geschädigt wird wie die ausländische Volksgruppe, ist klar. Integrationspolitik ist also Völkervermischungspolitik.

Jede Integrationspolitik ist ein Verstoß gegen die Völkermord-Konvention der UNO vom 9. 12. 1948, die unter dem Begriff »Völkermord« nicht nur die Tötung von Mitgliedern andersartiger Gruppen erfaßt, sondern auch den Fall, daß eine »nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche« vorsätzlich unter Lebensbedingungen gestellt wird, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Dies ist aber schon der Fall, wenn Kinder fremdvölkischer Gruppen in deutsche Kindergärten geholt werden, damit ihnen Deutsch beigebracht wird, bevor sie ihre eigene Muttersprache einigermaßen in Wort und Schrift beherrschen. Die einzelnen Völker oder innerhalb anderer Völker und Staaten lebende Volksgruppen besitzen als solche einen sehr hoch einzuschätzenden Eigenwert; daher ist ihre Erhaltung im bestehenden Völkerrecht entsprechend geschützt. Der Tatbestand der Völkermord-Konvention wurde in den neu dafür geschaffenen § 220a – Völkermord – des westdeutschen Strafgesetzbuches fast wörtlich übernommen[1].

Als eine Folge dieser Integrations- bzw. Entwurzelungspolitik wird in den oben erwähnten »Informationen zur politischen Bildung« aufgeführt:

»Von ausländischen Jugendlichen werden bereits heute um ein Vielfa-

ches mehr als von gleichaltrigen Deutschen Straftaten begangen.« (S. 30)

Die Folge dieser Entwurzelungspolitik (die hohe Kriminalität bei den ausländischen Jugendlichen) kann man nur dadurch auf die Dauer einigermaßen wirksam ausschalten, daß man die Ursache bekämpft, also diese Entwurzelungspolitik aufgibt und diese Jugendlichen wieder in die Geborgenheit ihrer Heimat zurückführt. Diese Maßnahme ist an sich eine Selbstverständlichkeit, aber für viele Vertreter einer Integrationspolitik durchaus nicht einleuchtend, denn sonst würde dem oben angeführten Eingeständnis der überaus hohen Kriminalität bei den ausländischen Jugendlichen nicht folgender Satz als »Heilmittel« folgen:

»Die Ausländerpolitik wird stärker als bisher die präventive« (=vorbeugende) »Wirkung einer verbesserten schulischen und beruflichen Bildung zu nutzen versuchen.« (S. 30)

Man »doktert« lieber an den Folgen herum als die Ursachen zu beseitigen – eine sehr menschliche Eigenschaft, denn wer gibt schon gerne zu, daß seine bisher von ihm vertretene Ansicht nicht richtig ist!

Neuerdings wird sogar alles auf den Kopf gestellt: Nicht die Integrationspolitik entwurzelt die jungen Menschen, sondern die von der Familie angeordnete und vom westdeutschen Staat und der Industrie durch Prämien bzw. Abfindungen geförderte Rückkehr in die Heimat! In einem Bericht über die Abreise von bisher 2000 der 4000 rückkehrwilligen Türken aus den Mannesmann-Siedlungen von Duisburg-Hüttenheim und den teilweise heftigen Widerstand der jugendlichen Türken gegen die Abreise heißt es:

»Auf den naheliegenden Gedanken, daß die Rückkehraktion die Jugendlichen entwurzelt, sie in Verzweiflung stößt und zu wehrlosen Spielbällen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung macht, war vorher offenbar niemand gekommen.« (»Stuttgarter Nachrichten« vom 2. 3. 1984)

Der Berichterstatter ist nicht auf den Gedanken gekommen, daß diese Jugendlichen durch ihren langen Aufenthalt in der Fremde zum großen Teil bereits schon weitgehend »entwurzelt« sind und die Rückkehr in die Heimat die einzige Möglichkeit ist, sie wieder in ihrem Volke zu verwurzeln, denn Deutsche können sie niemals werden, auch wenn sie sich das einbilden, da man bekanntlich alle angeborenen oder ererbten Eigenschaften eines Menschen, seien es körperliche oder seelische, nicht verändern kann. Man kann seine Staatsangehörigkeit gegebenenfalls mehrfach wechseln, aber nie seine Volkszugehörigkeit!

Der Standpunkt der Regierung und der westdeutschen Parteien
Völkervermischung auf dem »Verordnungswege«

In seiner Regierungserklärung vom 13. 10. 1982 sagte der neu gewählte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU):

»Die Integration der bei uns lebenden Ausländer ist ein wichtiges Ziel unserer Ausländerpolitik. Integration bedeutet nicht Verlust der eigenen Identität, sondern ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben von Ausländern und Deutschen. . .«

Integration (= Entwurzelung) hat aber immer den Verlust der eigenen Identität (Eigenart) zur Folge!

Eine große Rolle bei der Ausländerpolitik spielt die Altersgrenze beim Nachzug von Ausländerkindern in die Bundesrepublik Deutschland. Bundesinnenminister Dr. Zimmermann (CSU) will die Altersgrenze beim Nachzug von Ausländerkindern von bisher 16 Jahren auf 6 Jahre senken, während Bundesaußenminister Genscher (FDP) und Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) die Altersgrenze von 16 Jahren beibehalten wollen. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtet (6. 12. 1983) über diesen Streit und die Kräfte im Hintergrund:

»Der Streit um die Altersgrenze beim Nachzug ausländischer Kinder in die Bundesrepublik ist entschieden. Das Kabinett wird sicher übernehmen, was eine Vierer-Runde aus Bundeskanzler Kohl sowie den Ministern Genscher, Zimmermann und Blüm beschlossen hat: daß die Grenze bei sechzehn Jahren bleibt und nicht auf sechs Jahre gesenkt wird, wie Zimmermann es verlangt hatte. Mit der Zusammensetzung des Kreises stand das Resultat fest. Zwei Minister verfechten die heutige Altersgrenze: Genscher denkt an Beschlüsse mehrerer FDP-Parteitage und will in der Türkei gut Wetter machen. Blüm hat Ermahnungen der katholischen Bischöfe im Ohr. Der Bundeskanzler möchte nicht wegen dieses Gegenstandes, der ihm wohl zweitrangig vorkommt, Unmut der FDP und der Kirchen auf sich ziehen. So blieb Zimmermann allein. Das Ergebnis: an einer wichtigen Stelle wird die verfehlte Ausländerpolitik des früheren Innenministers Baum fortgesetzt.

Die Verfechter der heutigen Nachzugsregelung berufen sich auf den Schutz der Familie. Aber ihr Engagement für das hohe Rechtsgut setzt seltsam spät ein. Verletzen nicht schon Eltern ihre Pflicht, die ins Ausland gehen und ihre Kinder zurücklassen? Müßte man sie also nicht auffordern:

Besinnt euch auf eure Elternpflicht, kehrt zurück zu euren Kindern? Davon ist nichts zu hören. Das Grundgesetz wird angeführt, das den Schutz der Familie garantiere. Aber wo sagt unsere Verfassung, daß sich getrennte ausländische Familien immer nur hier und niemals im Herkunftsland vereinigen müßten?

Das Beharren auf dem Nachzugsalter von 16 Jahren schadet allen Beteiligten. Zunächst den nachgezogenen ausländischen Kindern. Sie können in der Regel die deutsche Sprache nicht mehr gründlich genug erlernen. So vermindern sich ihre Chancen in der Schule und später im Beruf. Solche Kinder und Jugendliche werden auf die Straße getrieben, in die Kriminalität. Davon sprechen die Kirchen und die FDP bis heute nicht. Sie übergehen auch den Schaden, den ein hohes Nachzugsalter für die deutschen Schulkinder bedeutet. Was können deutsche Schüler etwa in einer fünften Klasse mit hohem Anteil nicht deutschsprechender Kinder lernen? Schwierigkeiten, die sich die führenden Männer der Kirchen und der FDP aus größerer Nähe besehen sollten.«

In der Zeitung »Sonntag aktuell« (8. 1. 1984) steht darüber:

»KEIN ZUZUG FÜR KINDER ÜBER SECHS

Es bleibt dabei: Kinder von Ausländern dürfen künftig von ihren Eltern nur noch bis zum Alter von sechs Jahren in die Bundesrepublik nachgeholt werden. Diese Position hat das Bundesinnenministerium durch seinen Parlamentarischen Staatssekretär Spranger in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk bekräftigen lassen...

Die FDP jedoch will die von Innenminister Zimmermann vorgesehene Regelung nicht mittragen.

Spranger sagte, die volle Integration der Ausländerkinder könne nur bei der von Zimmermann vorgesehenen Beschränkung gewährleistet werden. Die Bundesregierung berücksichtige dabei auch, daß 80 Prozent der Bevölkerung sich für eine Verringerung der Ausländerzahlen ausgesprochen hätten.

Wie bereits berichtet, war das Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) bei der Auswertung mehrerer Umfragen aus dem Jahre 1982/83 zur Ausländerpolitik zu dem Ergebnis gekommen, daß sich mehr als achtzig Prozent der befragten Bundesbürger dafür aussprachen, die Zahl der Ausländer zu verringern. Selbst bei den Anhängern der Grünen hätten sich noch rund vierzig Prozent dafür ausgesprochen...«

Mit der vom Bundesinnenminister vorgesehenen Regelung wird zwar der Zustrom der Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland etwas eingedämmt, also *nur verlangsamt*, aber *niemals unterbunden*!

Man spricht ja auch immer nur von »Ausländer-Begrenzung« und verschleiert damit die eigentlichen Ziele, denn »Begrenzung« ist ein sehr »dehnbarer« Begriff! Die Unterbindung jeglicher Zuwanderung und die Rückführung aller Ausländer in ihre Heimatländer zur Erhaltung ihrer Identität (= Eigenart) sind dagegen klare Begriffe!

Und wenn der Parlamentarische Staatssekretär Spranger sagte, »die volle Integration der Ausländerkinder könne nur bei der von Zimmermann vorgesehenen Beschränkung gewährleistet werden«, so heißt das auf gut Deutsch: »die völlige Entwurzelung der Ausländerkinder könne nur bei der von Zimmermann vorgesehenen Beschränkung gewährleistet werden«, und damit kommen wir wieder zu der Tatsache, daß alle Integrationsbemühungen, auch die hier vom Bundesinnenminister aufgeführten, und damit auf lange Sicht geförderten Völkervermischungen zu schweren seelischen Schäden bei den davon betroffenen Ausländern und bei der deutschen Bevölkerung führen[2].

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« sieht in ihrem Bericht auch nur den seelischen Schaden, der bei einem hohen Nachzugsalter bei den älteren Kindern eintritt, aber nicht den noch viel größeren Seelenschaden bei den ganz jungen Ausländerkindern!

Diese werden durch die Erziehung in deutschen Schulen ihrer Muttersprache entwöhnt und damit seelisch restlos entwurzelt, ja sie verstehen dann die Sprache ihrer Eltern nicht mehr. Wohl ungewollt zeigt eine Karikatur in den oben erwähnten »Informationen zur politischen Bildung« (Nr. 201, 1984) die ganze Tragik dieser Intergrationspolitik:

Ein kleiner ausländischer Junge sagt zu seinem Vater mit vorwurfsvollem Gesicht: »He Papa, du bist Ausländer.«

Wie stark sich die FDP (Freie Demokratische Partei) für den Verbleib der Ausländer einsetzt, zeigt ein Bericht der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (22. 11. 1983):

». . . Der frühere Innenminister Baum meinte, die Ausländer seien in ihrer jetzigen Zahl geradezu unentbehrlich, weil kein Deutscher die Arbeit zu tun geneigt sei, die sie verrichten. Aber liegt nicht gerade darin ein Stück des wohlstandsfeisten Hochmuts, der den Deutschen heute so oft nachgesagt wird? Ausländer sollen arbeiten, während Deutsche sich eher unterstützen lassen, als daß sie sogenannte ›niedrige‹ Arbeiten tun? War-

um soll es nicht, bei den seit den fünfziger Jahren verbesserten Arbeitsbedingungen, deutsche Bergarbeiter geben anstelle von türkischen? Warum soll dieser einst hochgeachtete Beruf nun eines Deutschen ganz und gar unwürdig sein? Und muß wirklich jeder Ausländer mit der Behauptung, er sei politisch verfolgt, hier leben dürfen, und zwar unter – öffentlich geförderten – angenehmen Bedingungen, nicht etwa in einem ›Sammellager‹? Die FDP kapriziert sich« (= besteht eigensinnig) *»just hier auf das, was sie ›liberale Politik‹ nennt. Die Ausländer-Beauftragte Funcke wurde auf dem Parteitag als ›Engel der Ausländer‹ stürmisch gefeiert. Der Abgeordnete Hirsch gab zu, daß die Partei mit ihrer Ausländerpolitik gegen die Volksstimmung angehe ...«*

Kann sich eine Partei »demokratisch« nennen, die *gegen* die Volksstimmung handelt und *sich so eindeutig über den Volkswillen hinwegsetzt?*

Daß die Ausländerpolitik des Bundeskanzlers Dr. Kohl sich nicht wesentlich von der der vorhergehenden Regierung unter Bundeskanzler Schmidt unterscheidet, geht schon daraus hervor, daß die Ausländerbeauftragte Funcke beim Regierungswechsel ihre Stellung behielt. Ihr wurde am 28. 4. 1984 von der türkischen Universität Bursa wegen ihres Eintretens für die ausländischen Arbeitnehmer die Ehrendoktorwürde verliehen (FAZ 21. 4. 1984). In der diesbezüglichen Fernsehsendung (29. 4. 1984) wurde sie als »Mutter der Türken« bezeichnet.

Wer gegen die Ausländerpolitik der Regierung oder der eigenen Partei auftritt und auf drohende Gefahren hinweist, wird scharf angegriffen, wie der Fall des Landesschulrates Herbert Bath (SPD) von Westberlin zeigt:

Landesschulrat Bath bemerkte in seinem Vortrag »Integration: Chance oder Schlagwort? Kritik der Ausländerpolitik« vor der Berliner Bürgergemeinschaft am 25. 11. 1982 zu der westdeutschen Ausländerpolitik:

»Aber unsere Einwanderer sind nun auch noch von besonderer Art. Sie behalten nämlich ihre ursprüngliche nationale und kulturelle Identität bei, sie wohnen und leben hier auf Dauer als Türken, d. h. es handelt sich um mehr und etwas ganz anderes als nur um Einwanderung – es handelt sich mitten in unserem Land um eine schleichende Landnahme durch eine fremde Bevölkerung.«

Landesschulrat Bath wurde deswegen von seiner eigenen Partei (SPD) und der Ausländerbeauftragten des Senats von Westberlin, Barbara John, angegriffen.

Die Zeitung »Der Tagesspiegel«, Berlin, berichtete (1. 3. 1983):

»Mit einer scharfen Erklärung hat die Berliner SPD die ausländer-

politischen Äußerungen von Landesschulrat Herbert Bath, der SPD-Mitglied ist, kritisiert und verurteilt. Die Aussagen Bath's stünden in einem ›grundsätzlichen Widerspruch‹ zu der auf Integration gerichteten Linie der SPD in der Ausländerpolitik, heißt es in einem einstimmigen Beschluß des SPD-Landesvorstandes von gestern abend . . .«

Über die Stellungnahme der Ausländerbeauftragten Barbara John vor der »Berliner Bürgergemeinschaft e. V.« am 17. 2. 1983 heißt es:

»Gegen lautstarke Proteste widersprach sie Bath, ebenfalls Mitglied der Bürgergemeinschaft, wenn dieser behaupte, daß wir für die zweite und dritte Generation der Ausländer keine Verantwortung zu übernehmen hätten. Sie halte ›nur das Gegenteil für verantwortlich und human‹, sagte Frau John. Diese ausländischen Kinder seien von klein auf in unsere Gesellschaft hineingewachsen. Sie dächten und fühlten teilweise bereits wie Deutsche. ›Sie auszuweisen wäre grausam.‹. . . Bath, diesmal als Diskussionsteilnehmer, sah keinen Anlaß, von seinem ›klaren Standpunkt‹ abzurücken. ›Man muß ja wohl noch das Recht haben, deutsche Interessen zu vertreten.‹ Die Regierung müsse in erster Linie die Interessen derer wahrnehmen, die sie gewählt hätten, ›und das sind die Deutschen‹. . .« (»Der Tagesspiegel« 19. 2. 1983)

Die Befürchtungen des Landesschulrates Bath werden letztlich durch folgende Pressemeldungen bestätigt:

»Der größte Teil der in Deutschland lebenden Türken ›denkt nicht daran, in die Heimat zurückzukehren‹. Diese Ansicht, die in krassem Gegensatz zu offiziellen Untersuchungen steht, vertrat der Vorsitzende der türkischen Gemeinde zu Berlin. Mit dieser ›Tatsache‹ sollten sich die Deutschen ›endlich abfinden‹ und sich nicht ›in die eigene Tasche lügen‹, sagte Ilgarb.« (»Stuttgarter Nachrichten« 23. 11. 1983)

Unverblümt sprechen heute schon Türken aus:

»Wir haben mehr Kinder als ihr. Wenn wir einmal die Mehrheit im Lande bilden, gehört es uns, und dann können wir machen, was wir wollen.« (»Neue Anthropologie« 1/1982, Seite 11)

Nach der in München herausgegebenen »Zeitschrift von Muslimen in Deutschland«, »Al Islam«, rechnen die Moslems damit, daß Europa in den nächsten Jahrzehnten islamisch werden wird. Die Zeitschrift verweist auch darauf, daß Muslime »sehr fruchtbar« seien. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« 6. 11. 1982)

Die Ziele der Islam-Priester sind klar und eindeutig: Eroberung Europas hauptsächlich durch Türkeneinwanderung in das Herz Europas

(Deutschland) und Missionierung. Damit hätten die Islam-Priester ohne Blutvergießen das erreicht, was ihnen auf militärischem Gebiet vor drei Jahrhunderten, im Jahr 1683, versagt blieb, als sie vergeblich Wien und mit ihm das Abendland zu erobern versuchten.

Das Beispiel der Zypern-Türken, die am 15. 11. 1983 eine »Türkische Republik von Nordzypern« ausgerufen haben, sollte endlich auch Anlaß für alle Deutschen sein, sich mit der politischen Wirklichkeit mehr als bisher zu beschäftigen.

In der »Dithmarscher Landes-Zeitung« (16. 4. 1984) wird folgende Ansicht der Bundesregierung zu dem Problem des Ausländer-Nachzugalters bekanntgegeben:

»Der Bundesregierung wäre es nach seiner« (des Bundesinnenministers Zimmermann) *»Darstellung ›sehr recht‹, wenn die jungen Ausländer ihren Partner unter den Deutschen wählen würden.«*

Noch deutlicher werden die Absichten der Regierung in folgendem Brief der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz vom 30. 3. 1984, 1403 – L – 18/84, an einen Berliner Bürger:

». . . Wir halten es für legitim, auf bestehende und zu erwartende Schwierigkeiten bei der Integration ausländischer Bürger hinzuweisen. Insbesondere steht für uns außer Frage, daß die Integration der hier seit Jahrzehnten lebenden Ausländer nur dann gelingen kann, wenn der weitere Zuzug von Ausländern auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden kann. Die Kunst einer Staatsführung besteht darin, die Gesellschaft so vernünftig zu organisieren, daß für den einzelnen Bürger ein Höchstmaß an Freiheit, Gerechtigkeit und auch Wohlstand verwirklicht werden kann. Die große Chance des Menschen liegt darin, daß er offen ist für neue Eindrücke, für neue Begegnungen und auch offen für fremde Kulturen und Menschen. Es gibt unseres Erachtens kein Naturgesetz, daß ein Volk automatisch zugrunde gehen muß, sobald der Anteil der Ausländer eine bestimmte Größenordnung erreicht. Wir befürworten eine unvoreingenommene Diskussion mit realistischem Blick für die tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten.

Dabei gehen wir davon aus, daß es sehr wohl gelingen kann, die seit vielen Jahrzehnten bei uns lebenden Ausländer, die sich rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, zu integrieren (wie dies übrigens bereits bei den Hugenotten und den Polen im Ruhrgebiet hervorragend gelungen ist).

Allerdings hat insbesondere Herr Ministerpräsident Dr. Bernhard Vo-

gel immer wieder klar zum Ausdruck gebracht, daß ein weiterer Zuzug von Ausländern die Integrationsbemühungen für die schon seit langer Zeit hier lebenden Ausländer in Frage stellen kann, weil dann in der Tat mit einer Zunahme der Ausländerfeindlichkeit gerechnet werden muß. Wir distanzieren uns aber von allen Forderungen, die geeignet sind, ausländische Mitbürger zu verunsichern und in Angst zu versetzen. Die Probleme der nächsten Jahrzehnte können wir sicher nicht damit lösen, daß wir in Europa ein künstliches Reservat für das deutsche Volk errichten. Was wir benötigen, ist eine eigenständige kulturelle und politische Identität, die nicht neue Minderheiten schafft, sondern in der Lage ist, Integrationskraft zu entwickeln...«

Der »Schutzbund für das Deutsche Volk e.V.«, 6533 Bacharach, bemerkt am 15. 6. 1984 dazu u.a.:

»Die in früheren Jahrhunderten eingewanderten Hugenotten oder Polen sind keine Parallele: Sie kamen nicht in Massen, sie kamen in langen Zeitläuften, und sie waren Nachbarn« (wieviele der Polen von »polonisierten« Deutschen abstammten, läßt sich heute nicht mehr feststellen). »Politiker und Medien werfen uns immer wieder ›Ausländerhaß‹ vor, zu Unrecht. Der Vorwurf soll doch nur jede Kritik an der ›Integrations-Politik‹ ersticken. Und nun bestätigt uns ein deutscher Ministerpräsident, daß uns unsere Heimat nicht mehr reserviert werden kann.

Noch mehr: Wenn es nach Herrn Vogel geht, haben wir unsere Heimat nicht nur fremden Volksmassen zu überlassen. Wir müssen uns gefälligst auch eine neue Identität suchen. Er meint also genau das gleiche, was die ›Ausländerbeauftragte‹ von Berlin, Frau John, uns erklärte: ›Es gibt keine deutsche Identität, die zu erhalten wert wäre.‹ (Zitat vom 26. 3. 1984)...

Das Deutsche Volk soll durch eine Vielvölkergesellschaft auf deutschem Boden ersetzt werden. Das Mittel der Auflösung ist die dem Deutschen Volk abverlangte, ihm selbst aber vorenthaltene ›Menschlichkeit‹. Der Tarnname des Programms heißt ›Integration‹.«

Die Bundesregierung wünscht bzw. billigt damit die Entstehung einer eurasisch-negroiden Mischrasse und damit den Untergang unseres Volkes und der fremden Volksgruppen! *Das ist Verrat am eigenen Volke!*

Die Bundesregierung vertritt hier eine ähnliche Auffassung wie der Direktor einer Katholischen Fachakademie, der auf die Zusendung meiner Schrift »Ausländer-Integration ist Völkermord« am 10. 3. 1981 geantwortet hatte:

»Unabhängig von der Problematik der Eingliederung ausländischer

Mitarbeiter ist es für uns als Katholische Schule unerheblich, ob das Christentum in einem ›eurasisch-negroiden Völkergemisch‹ verwirklicht wird oder bei ›reinrassigen Völkern‹. Der Erlösung bedürftig sind wir alle.«

Wer gibt unseren Politikern das Recht, deutsches Land Fremden zur Verfügung zu stellen und so den eigenen Nachkommen zu entziehen?

Alle Bonner Parteien befürworten eine »Integration« der Ausländer, obwohl der größte Teil der westdeutschen Bevölkerung dies nicht wünscht. *Die Parteien setzen sich also über den Wählerwillen hinweg!*

Diese Tatsache erinnert an ein Wort, das der bekannte Schriftsteller Ilja Ehrenburg über die Wahl im Jahre 1931 schrieb:

»Natürlich gibt jeder Bürger seine Stimme ab, und er denkt dabei, daß er für den, den er will, stimme. Wir jedoch wissen, daß er für den, den wir wollen, stimmt. Das ist das heilige Gesetz der Demokratie.« (»Die Traumfabrik«, Seite 43)

(Es ist der gleiche Ehrenburg, der im 2. Weltkrieg als Chefpropagandist von Stalin die Soldaten der Roten Armee mit folgenden Worten auf die deutschen Frauen und Mädchen hetzte:

»Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 12. 9. 1955, Nr. 211, S. 2)

Im Jahre 1929 schrieb der Journalist und Schriftsteller Kurt Tucholsky in seinem Buch »Deutschland, Deutschland über alles« (Seite 138, 139) in dem Gedicht »Das Parlament« über die Wahl folgendes:

». . . Kennt ihr jene, die dahinter sitzen
und die Schnüre ziehn bei jeder Wahl? . . .
Dein Geschick, Deutschland, machen Industrien,
Banken und die Schiffahrtskompanien –
welch ein Bumstheater ist die Wahl!
Reg dich auf und reg dich ab im Grimme!
Wähle, wähle! Doch des Volkes Stimme
is ja janz ejal!
is ja janz ejal!
is ja janz ejal –!«

Diese Demokratie ist also von ganz anderer Art als diejenige, die sich die Deutschen vorstellen. Sie ist nicht eine Herrschaft des Volkes, sondern als Herrschaft über das Volk gedacht. Man spricht ja auch von einer liberalen, pluralistischen Gesellschaft (pluralistische Gesellschaft = Herrschaft der Interessenverbände).

Sollte man nicht die Aussagen dieser die Hintergründe der Politik kennenden Männer bei der Überlegung, wen bzw. welche Partei man wählen soll oder ob man überhaupt zur Wahl gehen soll, berücksichtigen?

Wie wichtig eine große Wahlbeteiligung für die Machthaber im Staate ist – durch eine große Wahlbeteiligung zeigt das Wählervolk, daß es mit der großen Linie des ganzen Systems einverstanden ist; welche Partei von den zur Wahl zugelassenen demokratischen Parteien gewählt wird, ist von untergeordneter Bedeutung –, geht auch aus folgender Meldung der »Stuttgarter Nachrichten« (9. 4. 1984) hervor:

»Integration ist in Gefahr

Eine geringe Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 17. Juni könnte der ›Anfang vom Ende einer Integrationspolitik‹ sein. Diese Befürchtung äußerten bei der Regionalkonferenz der baden-württembergischen CDU am vergangenen Samstag in der Kongreßhalle Böblingen CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski und Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth vor rund 200 CDU-Politikern.

Späth und Radunski appellierten deswegen mit Nachdruck an die Teilnehmer des Treffens, die Wähler zu mobilisieren. Dies werde eines der wichtigsten Ziele des Wahlkampfes sein. . .«

Wer also heutzutage nicht zur Wahl (Europa-, Bundestags- oder Landtagswahl) geht, lehnt damit die »Integrationspolitik« der Bonner Parteien ab. Nur durch Wahlenthaltung kann man zur Zeit auf legale Weise die Machthaber zu einer Änderung ihrer Völkervermischungspolitik zwingen, denn diese können sich nur bei einer großen Wahlbeteiligung auf den Volkswillen berufen!

Folgende Fragen treten hier auf:

Warum sollen Deutsche mit Ausländern überhaupt auf die Dauer zusammenleben? Wir Deutschen müssen doch mit unseren eigenen Angelegenheiten allein zurechtkommen und haben die schwerste Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg allein ohne fremde Hilfe gemeistert! Wozu brauchen wir also Ausländer in unserem räumlich sehr beengten Land; das gibt doch nur Reibungsflächen, die vermieden werden können!

Warum macht sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht frei von diesen falschen und den Naturgesetzen widersprechenden Integrationsvorstellungen? Sehen die Regierungsvertreter denn nicht, was bei einer Integrationspolitik = Entwurzelungspolitik bisher auf der Welt herausgekommen ist! In der neueren Zeit sind doch die USA das

beste Beispiel für eine solche Integrationspolitik mit ihrer hohen Kriminalität!

Die Zeit ist abzusehen, bis die USA als Weltmacht abtreten müssen, weil Rassen- und Volkstumskämpfe und hohe Kriminalität sie im Inneren völlig unregierbar machen!

Es muß doch jedem, der mit offenen Augen durch die Welt geht, klar sein, daß man aus einem Angehörigen eines anderen Volkes (z.B. aus einem Schwarzafrikaner, Türken, Inder, Chinesen usw.) niemals einen Deutschen machen kann – das gleiche gilt in umgekehrtem Sinne: Aus einem Deutschen kann man keinen Schwarzafrikaner machen, auch wenn er die Sprache eines afrikanischen Volkes fließend spricht! Zu groß sind die körperlichen *und* seelischen Unterschiede zwischen den einzelnen Völkern!

Da man nicht annehmen kann, daß unsere Politiker diese Tatsachen nicht sehen, bleibt nur die andere Möglichkeit übrig: Sie wollen diese Tatsachen nicht sehen bzw. sie müssen diese Integrationspolitik vertreten, weil sie als Politiker »gebunden« sind!

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (6. 12. 1983) deutete dies mit den bereits oben angeführten Worten an:

»Genscher denkt an Beschlüsse mehrerer FDP-Parteitage und will in der Türkei gut Wetter machen. Blüm hat Ermahnungen der katholischen Bischöfe im Ohr. Der Bundeskanzler möchte nicht wegen dieses Gegenstandes, der ihm wohl zweitrangig vorkommt, Unmut der FDP und der Kirchen auf sich ziehen.«

Wer steht hinter diesen Integrationsbestrebungen?

Hinter dieser ganzen Integrations- bzw. Völkervermischungspolitik stehen die Vertreter einer Paneuropa-Politik.

So sprach ganz im Sinne dieser Völkervermischungspolitik der Nachfolger des im Jahre 1972 gestorbenen Gründers der Paneuropa-Bewegung, Graf Coudenhove-Kalergi, der Erzherzog Otto von Habsburg, der dem Europa-Parlament als CSU-Abgeordneter angehört, bei einem Vortrag in Stuttgart am 3. 6. 1976 die bedeutsamen Worte aus:

»Für echte Europäer gibt es keine Ausländer.«

Der frühere Präsident der Liberalen und Demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament (seit Ende Juni 1984 Bundeswirtschaftsmini-

ster), Martin Bangemann, der von der Südwest-FDP als Spitzenkandidat der Partei am 5. 1. 1984 für die Europa-Wahl am 17. Juni nominiert wurde, »bezeichnete das ›fehlende Europabewußtsein‹ der Menschen als Kernübel der Europäischen Gemeinschaft«. (»Stuttgarter Nachrichten« vom 7. 1. 1984)

Der jetzige Stand und die Ziele der Paneuropa-Politik (oder der Politik zur Errichtung einer Europäischen Union – eines Europäischen Bundesstaates) gehen aus dem Aufsatz »Europäische Friedensordnung und die Deutschen«, erschienen in der katholischen Zeitung »Deutsche Tagespost« (Würzburg, 6. 12. 1983), eindeutig hervor.

Nach einer kurzen Schilderung der Lage auf unserer Erde heißt es:

»2.) Eine entscheidende Besserung kann nur erreicht werden, wenn nach Beendigung des Ost-West-Gegensatzes auf dem nördlichen Teil des Globus friedliche Zustände herrschen, die alle Völker hier befähigen, der notleidenden Äquatorialzone der Erde die ihren geistigen Fähigkeiten entsprechende und unentbehrliche Hilfe zu leisten.

3.) Dazu ist hier zunächst darzulegen, wie dieser ›Friedenszustand‹ auf dem nördlichen Globus gestaltet sein sollte; danach ist darzulegen, welcher Weg dahin führen kann.

A) Der ›Friedenszustand‹ auf der nördlichen Erdhälfte wäre erreicht, wenn – nach Beendigung des Ost-West-Gegensatzes – ein ›Friedensbund‹ gegründet wäre, der aus folgenden Sätzen[3] zu bilden wäre:

I.) Nord-Amerika: USA und Kanada,

II.) Japan und Korea[4],

III.) Rußland als föderalistisch gegliederter Vielvölkerstaat in seinem heutigen Umfang, jedoch ohne das Baltikum und Nordostpreußen,

IV.) die Vereinigten Staaten von Europa, bestehend aus allen 35 Staaten – auch Estland, Lettland, Litauen als selbständige Staaten –, jedoch ohne Rußland selbst in seinem gesamten Umfang.

a) Ohne Verfassungsfragen in bezug auf die Vereinigten Staaten von Europa im einzelnen vorzugreifen, scheint wegen ihrer großen Zahl und Vielgestaltigkeit eine doppelstufige Gliederung notwendig.

1.) Der Gesamtstaat wird als Bundesstaat mit einem gemeinsamen Oberhaupt, einer Gesamtregierung, mit obersten Gerichtshöfen, darunter einem Verfassungsgericht und mit einem Zweikammersystem für die Legislative« (= gesetzgebende Versammlung) *»gestaltet: einem Gesamtparlament und einem Staatenhaus als Vertretung der 35 Länder – analog dem Bundesrat in der Bundesrepublik Deutschland.*

2.) Unter dem Gesamtstaat und über den heutigen 35 Staaten erfolgt eine staatenbundlich organisierte Zwischengliederung in 5 Regionen; als diese sind vorzusehen:

a) Europa-Nord-Ost: Litauen, Estland, Finnland, Schweden[5]*,*

b) Europa-Nord-West: Dänemark, Norwegen, England, Irland, Island,

c) Europa-Süd-West: Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal, Andorra, Monaco,

d) Europa-Süd-Ost: Europäische Türkei, Griechenland, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien,

f) Europa-Mitte-Ost:[6] *Luxemburg, Liechtenstein, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Ostpreußen, ›DDR‹, Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande*[7]*,*

– Italien mit Malta und San Marino würde europäisches Zentral-Territorium mit Rom, der Hauptstadt Europas.«

Die Erwähnung Roms als Hauptstadt Europas zeigt deutlich, daß die römisch-katholische Kirche bestimmenden Einfluß in diesen Vereinigten Staaten von Europa ausüben soll, denn Rom ist ja der Sitz des Vatikans!

Anschließend wird die deutsche Frage wie folgt behandelt:

»– Das entscheidende ist, daß in allen Regionen Europas vor allem die Menschenrechte und Freizügigkeit gesichert sind, auch natürlich in Europa-Mitte-Ost. Es scheint, daß auf diese Weise die ›Deutsche Frage‹, einschließlich der der ›Deutschen Ostgebiete‹ gelöst werden könnte. Die Einheit aller Deutschen, wenngleich nicht in einem Nationalstaat, wäre in dieser europäischen Friedensordnung verwirklicht.

– Durch die bundesstaatliche Gliederung des Gesamtstaates und die staatenbundliche Gliederung der 5 Regionen soll erreicht werden, daß der Gesamtstaat stärker ist als die 5 Regionen.«

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Die hier aufgeführte Lösung der »Deutschen Frage« bedeutet den Untergang des deutschen Volkes, denn die in allen Regionen gesicherte Freizügigkeit würde es gestatten, daß alle derzeitigen deutschen Einzelstaaten von den Angehörigen aller übrigen europäischen Völker und auf dem Weg über die europäische Türkei auch von Millionen Türken und anderen asiatischen Völkern überschwemmt werden könnten und dann auch überschwemmt würden, denn in Mitteleuropa herrschen solche sozialen Zustände, bei denen man als »Arbeitsloser« viel besser lebt als in vielen anderen Staaten bei einer Vollbeschäftigung. Daß damit das ganze

soziale System in Deutschland zusammenbrechen würde, steht wohl außer Zweifel. Sollte sich das deutsche Volk gegen eine solche Überfremdung zur Wehr setzen wollen, so würde es die bundesstaatliche Gliederung dieser »Vereinigten Staaten von Europa« der Gesamtregierung gestatten, die »Freizügigkeit« für die Einwanderer mit staatlicher Gewalt durchzudrücken! Die europäische Gesamtregierung in Rom würde genauso wenig bzw. noch weniger Rücksicht auf deutsche Belange nehmen wie bisher die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. die Europäische Gemeinschaft (EG). Die Deutschen würden zu einer Art »Völkerdünger« für diese Vereinigten Staaten von Europa! Über ihre geraubten Ostgebiete einschließlich der sudetendeutschen Gebiete und aller bereits im Jahre 1919 geraubten deutschen Gebiete brauchen sich die Deutschen dann keine Gedanken mehr zu machen; diese Gebiete werden weiterhin von anderen beherrscht und »verwaltet«!

Es ist also ein Hohn, hier von einer Lösung der »Deutschen Frage« und der »Deutschen Ostgebiete« und von der Verwirklichung der Einheit aller Deutschen zu sprechen!

Im übrigen würde das Schicksal der restlosen Überfremdung und damit des Unterganges nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Völker dieser »Vereinigten Staaten von Europa« früher oder später treffen! Im Inneren dieses Staatengebildes würden Zustände herrschen wie in den sogenannten Weltstädten mit ihrer riesigen Kriminalität bzw. in den vom organisierten Verbrechertum beherrschten Gebieten der Welt.

In dem erwähnten Aufsatz wird dann darauf hingewiesen, daß der totalitäre und atheistische Marxismus der sowjetischen Staatsdoktrin das einzige entscheidende Hindernis auf dem Weg zu dem angeführten Ziel sei. Der Sowjetunion müsse gezeigt werden, warum ihr System nicht funktioniert und wie sie ihren Staat allmählich demokratisieren kann und daß sie bis auf das Baltikum ihr gesamtes Staatsgebiet, zweckmäßig föderalistisch und demokratisch gegliedert, behalten kann. Man müsse ihr weiter garantieren, »daß sie dann als völlig gleichberechtigter Partner in den ›Friedensbund‹ aufgenommen wird«.

Diese Worte des Aufsatzes können als glatte Einmischung in innersowjetische Angelegenheiten angesehen werden! Die Weltmacht Moskau wird sich wohl kaum von der Weltmacht Rom vorschreiben lassen, was sie tun oder lassen soll!

Der Aufsatz schließt mit folgenden Worten:

»C) Diese Gedanken mögen heute utopisch« (= *unerfüllbar) »erschei-*

nen; aber bei intensiverem Überlegen ergibt sich, daß es eine andere Lösung der ›Deutschen Frage‹, zugleich der Frage der ›Deutschen Ostgebiete‹ und gleichzeitig eine friedliche Lösung der globalen Probleme der Menschheit im 3. Jahrtausend nicht gibt; sie ist nicht sichtbar.

D) Europa, dieses Zentrum an Geist und Humanismus, von Christentum und Wissenschaft, sollte am Ende dieses Jahrhunderts und zugleich dieses Jahrtausends alle seine geistigen und moralischen Energien einsetzen, um dieses Ziel für eine bessere und friedlichere Zukunft der Menschheit auf dieser Welt zu erreichen. Das alles ist zuerst seine Aufgabe und die Aufgabe und Verantwortung seiner geistig führenden Schicht.«

Nach diesen Ausführungen soll es keine andere Lösung der »Deutschen Frage« und der Frage der »Deutschen Ostgebiete« geben. Das ist nicht richtig! Die »Deutsche Frage« und die »Frage der deutschen Ostgebiete« können dadurch gelöst werden, daß auf Grund des heute geltenden Völkerrechts das Deutsche Reich in seinen völkerrechtlich gültigen Grenzen vom 31. 8. 1939 wiederhergestellt wird, einen *neutralen* bewaffneten Block in Mitteleuropa bildet, dadurch die beiden Weltmächte, USA und Sowjetunion, voneinander trennt und so die Gefahr eines europäischen Krieges oder Weltkrieges wesentlich verringert[8].

In diesem Zusammenhang ist auch folgende Pressemeldung der Zeitung »Die Welt« (2. 12. 1983) zu erwähnen:

»Die Auffassung, daß ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland beiden Großmächten Vorteile bringen würde, ist jetzt von dem Soziologieprofessor Norman Birnbaum geäußert worden, der an der Washingtoner Georgetown University lehrt. In einem Beitrag, den die ›New York Times‹ gestern veröffentlichte, schrieb Birnbaum: ›Wenn die Supermächte darauf bestehen, in Mitteleuropa zu bleiben, wird es eine Katastrophe geben, da ihre Positionen in Deutschland zunehmend instabil werden. Vieles ist im Fluß. Es liegt in unserem Interesse (und dem der Sowjetunion), wenn wir damit beginnen, an die sehr großen Vorteile zu denken, die ein neutralisiertes und wiedervereinigtes Deutschland mit sich bringen würde.‹«

Der sowjetische Botschafter in Wien äußerte im Frühjahr 1982 einem österreichischen Jugendführer gegenüber, der mit ihm über eine Volkstumsfahrt österreichischer Jugendlicher zu den Deutschen in Kasachstan verhandelte und dabei auch auf die deutsche Frage zu sprechen kam, sinngemäß folgendes:

»Wenn Westdeutschland aus der Nato austritt, tritt die DDR aus dem

Warschauer Pakt aus, und der Zusammenschluß der beiden Staaten ist nur mehr eine Frage der Zeit.«

Der Zusammenschluß der BRD und der DDR ist die Voraussetzung zur Wiederherstellung eines Deutschen Reiches in seinen völkerrechtlichen Grenzen vom 31. 8. 1939.

Es ist bekannt, daß Bundeskanzler Dr. Kohl diese einfache Lösung der deutschen Frage nicht will, sondern genauso wie Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer eine Europäische Union anstrebt, der bekanntlich vor dem Bundestag ausgerufen hatte:

»Wir wollen alle die Europäische Union und deshalb schaffen wir zunächst einmal die wirtschaftliche Einheit. Aber so eng diese wirtschaftliche Einheit auch sein mag, ohne politische Bindungen kann sie nicht bestehen.« (»Waiblinger Kreiszeitung« 18. 1. 62)

In seiner Rede in Oxford am 2. 5. 1984 sagte Dr. Helmut Kohl:

»Wir wissen auch, es gibt kein Zurück zum Nationalstaat Otto von Bismarcks. Unser leidenschaftliches Bekenntnis an die europäische Einigung hat auch seinen entscheidenden Grund darin, daß eine friedliche Lösung der deutschen Frage nur denkbar ist unter einem europäischen Dach.« (»Bulletin«, Nr. 50, S. 437, 9. 5. 1984)

In ähnlichem Sinne äußerte sich Bundeskanzler Dr. Kohl in seiner Rede bei der Verleihung des »Internationalen Karlspreises« an Bundespräsident Karl Carstens am 31. 5. 1984 in Aachen (»Bulletin«, Nr. 66, S. 584, 5. 6. 1984) und vor dem Deutschen Bundestag am 6. 6. 1984 (»Bulletin«, Nr. 68, S. 601, 7. 6. 1984); er betonte dabei, daß es »keine Alternative zu Europa« gäbe. Die dauernde Betonung, daß es keine Alternative zu Europa (keine andere Lösung) gäbe, macht die Sache nicht glaubwürdiger. Daß die Lösung der deutschen Frage »unter einem europäischen Dach« nur zum Untergang unseres Volkes und aller Völker Europas führen muß, ist bereits weiter vorne aufgeführt.

Diese jetzige, im Jahre 1983 in der katholischen Zeitung »Deutsche Tagespost« veröffentlichte »Europäische Friedensordnung« ist keine neue Erfindung, sondern nur eine den geänderten politischen Verhältnissen angepaßte Neuauflage des Paneuropa-Planes des katholischen Freimaurers hohen Grades, Graf Coudenhove-Kalergi.

Betrachten wir kurz den alten Paneuropa-Plan von Coudenhove-Kalergi: In seinem Buch »Paneuropa« (erste Ausgabe 1923), das mit den Worten beginnt: »Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert«, fordert Graf

Coudenhove-Kalergi den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas zu einem Staatenbund. Diesem Staatenbund sollen sämtliche Staaten des damaligen Europa einschließlich ihrer damaligen Kolonialgebiete ohne England und Rußland (die Sowjetunion) und die europäische Türkei angehören. Dieses Paneuropa soll als Machtblock neben den vier anderen Machtblöcken (Panamerika, Ostasien, bestehend aus China und Japan, dem russischen Bundesreich = der Sowjetunion und dem britischen Bundesreich = dem Empire) bestehen[9].

Auffallend ist hier auch, daß die Türkei nur mit ihrem europäischen Teil aufgeführt ist (genauso wie in dem neuen Plan).

»Die Krönung der paneuropäischen Bestrebungen wäre die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika.« (»Paneuropa«, Seite 142)

»Das offizielle Außenprogramm der Sozialdemokratie hat die Errichtung der sozialdemokratischen Weltrepublik zum Endziel.« (»Paneuropa«, Seite 146)

Bundeskanzler Brandt äußerte sich in einem Interview am 9. 5. 1970, dem 20. Jahrestag der Erklärung Schumanns zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und 25 Jahre nach Inkrafttreten der Kapitulationsbedingungen für die Deutsche Wehrmacht:

»Ich gehöre einer Partei an, deren Programm seit 1925 auf die Vereinigten Staaten von Europa festgelegt ist ...« (»Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung«, Nr. 64, 12. 5. 1970, Seite 601/602)

Wir sehen aus den bisher aufgeführten Äußerungen westdeutscher Politiker, daß in allen großen westdeutschen Parteien die Vertreter »Paneuropas« sitzen.

Eine »paneuropäische« Politik ist aber niemals eine deutsche Politik! Sie richtet sich gegen den Bestand unseres Volkes!

Wie vereinbaren diese Politiker als Minister ihr Eintreten für ein »Paneuropa« in irgendeiner Form mit ihrem Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden?

Die ganze Ausländer-Integrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland entspricht ganz dem Wunschtraum des Grafen Coudenhove-Kalergi, der von einer eurasisch-negroiden Zukunftsrasse, also einer totalen Völkervermischung, schwärmte, obwohl er genau wußte, welche Nachteile eine planmäßig geförderte oder angestrebte Vermischung von Völkern mit sich bringt:

»Die Folge ist, daß Mischlinge vielfach Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit und Treulosigkeit mit Objektivität« (Sachlichkeit), »Vielseitigkeit, geistiger Regsamkeit, Freiheit von Vorurteilen und Weite des Horizontes verbinden ...« (»Praktischer Idealismus«, 1925, Seite 20/21)

Eine Völkervermischung schafft wurzellose Menschen, die zu keinem Volk mehr gehören, die innerlich hin- und hergerissen werden und die keine Heimat mehr haben, die ihnen Geborgenheit bietet. Nur ein Sichbesinnen auf die eigene Identität, die eigene Art, erhält die einzelnen Völker am Leben; die Menschen jeden Volkes haben in ihrem Inneren (im Selbsterhaltungswillen der Volksseele) selbst den besten Verbündeten im Kampf um die Erhaltung ihres Volkes. Eine Ansammlung von wurzellosen und damit heimatlosen Menschen wird zum Spielball überstaatlicher Mächtegruppen, denn hier fehlt die helfende Kraft der Volksseele. Nicht umsonst werden alle die Staaten, deren Bevölkerung aus Mischlingen der verschiedensten Rassen besteht, fast unaufhörlich von Revolutionen aller Art erschüttert (z.B. die mittel- und südamerikanischen Staaten).

Die Volksseele, die Kraftquelle der Völker, die sich vor allem auch als Selbsterhaltungswille des Volkes äußert und deshalb auch die Eigenart der einzelnen Völker – ihre Identität – erhalten will, kann man nur durch Geburtenarmut oder durch eine Völkervermischung großen Stils auf die Dauer ausschalten. Diesem Selbsterhaltungswillen der Völker kommt das Völkerrecht zu Hilfe, denn jede absichtliche Einschmelzung oder »Integration« von fremden Volksteilen in ein anderes Volk, ja jeder Versuch in dieser Richtung, ist ein Verstoß gegen die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom 9. 12. 1948, wie vorne schon aufgeführt wurde. Unter diesem Gesichtspunkt muß man die Ausländer- und Asylantenpolitik bei uns und in Europa betrachten! *Wer gibt jemandem das Recht, die einzelnen Völker durch Rassenmischung zu zerstören?*

Ist die Schöpfung auf unserer Erde, die eine Vielzahl der verschiedenartigen Menschenrassen hervorgebracht hat, so schlecht, daß Menschen in ihrem Größen- und Gleichmachungswahn glauben, sie durch Zerstörung der Völker »verbessern« zu müssen?

Sollten die Christen, die eine solche »Schöpfungsverbesserungspolitik« betreiben oder vertreten, nicht einmal darüber nachdenken, daß sie damit indirekt zugeben, daß ihr Gott der Bibel bei der Schöpfung der Erde und ihrer Lebewesen nicht gut genug gearbeitet hat, so daß jetzt seine eigenen Geschöpfe – die Menschen – Gottes Schöpfung verbessern müssen? Bege-

hen die Christen mit ihrer »Schöpfungsverbesserungspolitik« letztlich nach ihrem Glauben nicht eine »Gotteslästerung«?

Die Voraussetzungen für eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse werden von Jahr zu Jahr in Westdeutschland »besser«, wie folgende Pressemeldungen zeigen:

Anfang Mai 1961 waren mehr als 30000 ausländische Arbeiter in Stuttgart (»Stuttgarter Nachrichten« 3. 5. 1961).

In den »Stuttgarter Nachrichten« (14. 6. 1961) heißt es:

»Stuttgart ist damit zur ›internationalsten‹ Stadt des Bundesgebietes geworden.«

In den »Stuttgarter Nachrichten« (29. 3. 1984) steht:

»Etwa 97000 Ausländer halten sich zur Zeit nach Angaben des städtischen Statistischen Amtes in Stuttgart auf. Die bei weitem größte Gruppe bilden dabei die Jugoslawen mit über 27200 Personen. Ihnen folgen etwa 17300 Türken, 16100 Italiener und 14000 Griechen. ›Sonstige‹ machen rund 19100 Personen aus. Zu ihnen zählen 320 Vietnamesen, 210 Japaner, 140 Libanesen, 110 Chinesen und 330 Äthiopier.«

Die Illustrierte »Quick« (Nr. 13, 22. 3. 1984) berichtet, daß 1000 indische Kleinkinder jährlich in die Bundesrepublik Deutschland zwecks Adoption eingeflogen werden.

Über die Führer dieser eurasisch-negroiden Zukunftsrasse und damit von Paneuropa, die Juden, schreibt Graf Coudenhove-Kalergi in seinem Buch »Praktischer Idealismus«, Abschnitt »Judentum und Zukunftsadel«:

»Hauptträger des korrupten wie des integren« (anständigen) *»Hirnadels: des Kapitalismus, Journalismus und Literatentums, sind Juden«* (Fußnote: *»Das Folgende bezieht sich in erster Linie auf Mittel- und Osteuropa«*). *»Die Überlegenheit ihres Geistes prädestiniert«* (vorherbestimmen) *»sie zu einem Hauptfaktor zukünftigen Adels. Ein Blick in die Geschichte des jüdischen Volkes erklärt seinen Vorsprung im Kampf um die Menschheitsführung. Vor zwei Jahrtausenden war das Judentum eine Religionsgemeinschaft, zusammengesetzt aus ethisch-religiös«* (sittlich-religiös) *»veranlagten Individuen aller Nationen des antiken Kulturkreises, mit einem national-hebräischen Mittelpunkt in Palästina. Damals war bereits das Gemeinsame, Verbindende und Primäre«* (Wesentliche) *»nicht die Nation, sondern die Religion. Im Laufe des ersten Jahrtausends unserer Zeitrechnung traten in diese Glaubensgemeinschaft Proselyten«* (Neubekehrte) *»aus allen Völkern ein, zuletzt König, Adel und Volk der*

mongolischen Chasaren, der Herren Südrußlands. Von da an erst schloß sich die jüdische Religionsgemeinschaft zu einer künstlichen Volksgemeinschaft zusammen und gegen alle übrigen Völker ab.

Durch unsagbare Verfolgungen versucht seit einem Jahrtausend das christliche Europa das jüdische Volk auszurotten. Der Erfolg war, daß alle Juden, die willensschwach, skrupellos« (gewissenlos), »opportunistisch« (den Umständen nachgebend) »oder skeptisch« (zum Zweifel neigend, unüberzeugt) »waren, sich taufen ließen, um dadurch den Qualen endloser Verfolgung zu entgehen. Anderseits gingen unter diesen vielfach erschwerten Lebensbedingungen alle Juden zugrunde, die nicht geschickt, klug und erfinderisch genug waren, den Daseinskampf in dieser schwierigsten Form zu bestehen. So ging schließlich aus all diesen Verfolgungen eine kleine Gemeinschaft hervor, gestählt durch ein heldenmütig ertragenes Martyrium für die Idee und geläutert von allen willensschwachen und geistesarmen Elementen. Statt das Judentum zu vernichten, hat es Europa wider Willen durch jenen künstlichen Ausleseprozeß veredelt und zu einer Führernation der Zukunft erzogen. Kein Wunder also, daß dieses Volk, dem Ghetto-Kerker entsprungen, sich zu einem geistigen Adel Europas entwickelt. So hat eine gütige Vorsehung Europa in dem Augenblick, als der Feudaladel verfiel, durch die Judenemanzipation« (Gleichstellung) »eine neue Adelsrasse von Geistes Gnaden geschenkt.« (Seite 49/50)

Die von Dr. Herzl gegründete national-jüdische Bewegung des Zionismus begegnete der einer fremden Führerschicht immer drohenden Gefahr, durch gewöhnlich eintretende Kinderarmut und erhöhte Assimilation auszusterben, mit der Staatsgründung Israels. Der Rabbiner Arthur Hertzberg, USA, äußerte sich dazu in einem Interview:

»Israel bleibt trotz alledem für die meisten amerikanischen Juden Mittelpunkt ihrer eigenen Identität... Wenn ein amerikanischer Durchschnittsjude merkt, daß sein Sohn oder seine Tochter einen nichtjüdischen Partner heiraten will, dann wird der Sprößling schnell für ein Jahr in einen Kibbuz geschickt, damit das nicht passiert. So wird Israel Garant der eigenen jüdischen Existenz.« (»Der Spiegel« 5. 10. 1981)

Die vorbildliche Volkserhaltung der Juden ist hinten aufgeführt.

Man sehe sich einmal eine Deutschlandkarte an, wenn die Überfremdung der Bundesrepublik Deutschland nicht rückgängig gemacht wird und sich die Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik dann mit Recht weigern, sich mit so einem überfremdeten Staat zu einem Gesamtstaat zusammenzuschließen. Die Folge davon wäre, daß jede

räumliche Verbindung der Deutschen in der DDR mit den Deutschen in Österreich und in der Schweiz unterbrochen wäre; der Zerfall Deutschlands wäre *mit Hilfe deutscher Politiker* dann zur Tatsache geworden!

Bei der Betrachtung des Hereinflutens von südländischen, afrikanischen und asiatischen Menschen in die Bundesrepublik Deutschland wird man auch unwillkürlich an den Rückblick und Ausblick in die Zukunft, den der damals sehr bekannte jüdisch-deutsche Wirtschaftsführer und Politiker, Walther Rathenau, vor mehr als 60 Jahren gab und den sein Freund, Harry Graf Keßler, in dem Buch »Walther Rathenau« auf Seite 43 aufführt, erinnert. Er lautet:

»Der Inbegriff der Weltgeschichte, ja der Menschheitsgeschichte, ist die Tragödie des arischen Stammes. Ein blondes, wundervolles Volk erwächst im Norden. In überquellender Fruchtbarkeit sendet es Welle auf Welle in die südliche Welt. Jede Wanderung wird zur Eroberung, die Eroberung zur Befruchtung der Kultur und Gesinnung. Aber mit zunehmender Weltbevölkerung quellen die Fluten der dunklen Völker immer näher, der Menschenkreis wird enger. Endlich ein Triumph des Südens: eine orientalische Religion ergreift die Nordländer. Sie wehren sich, indem sie die alte Ethik des Mutes wahren. Zuletzt die höchste Gefahr: die technische Kultur erringt sich die Welt, mit ihr entsteht die Macht der Furcht, der Klugheit, der Verschlagenheit, verkörpert durch Demokratie und Kapital.«

Die Fluten der dunklen Völker quellen immer näher!

Walther Rathenau schreibt über das Deutschland nach Beendigung des Ersten Weltkrieges durch die Feindmächte zugedachte Schicksal der langsamen Vernichtung durch Verelendung bereits im Dezember 1918 in der Presse des neutralen Auslandes, also noch vor dem Versailler Diktatfrieden, der Deutschland wirtschaftlich knebelte:

»Dann ist aus dem Gewölbe Europas der einstmals stärkste Stein zermalmt, dann ist die Grenze Asiens an den Rhein gerückt, dann reicht der Balkan bis zur Nordsee. Dann wird eine Horde von Verzweifelten, ein uneuropäischer Wirtschaftsgeist vor den Toren der westlichen Zivilisation lagern, der nicht mit Waffen, sondern mit Ansteckung die gesicherten Nationen bedroht.« (Walther Rathenau: »Nach der Flut«, Seite 70/71)

Bei diesem uns Deutschen damals schon zugedachten Schicksal der Vernichtung ist es gleichgültig, ob es durch Verarmung und Aussaugung mittels eines Versailler Vertrages oder jetzt durch »Wohlstand« und Überfremdung herbeigeführt wird. Die Folgen der Überfremdung werden den »Wohlstand« ziemlich schnell in jedem Falle zunichte machen!

Vor den uns Deutschen drohenden Gefahren warnte vor mehr als 20 Jahren auch schon der Bundestagsabgeordnete Dr. Heinrich Schneider (Saar), der im Gegensatz zu dem damaligen Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer im Saargebiet eine deutsche Politik vertrat und maßgeblich an der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland besonders in den Jahren 1954/1955 beteiligt war; er äußerte sich in einem Vortrag im November 1962 in Stuttgart sinngemäß über die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und ihre Folgen:

»Die EWG verewigt die Spaltung« (gemeint ist hier die Spaltung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik) »und löst den westdeutschen Volksteil auf.«

Eine Abwehr dieses uns drohenden Volksunterganges ist dann möglich, wenn durch entsprechende Volksaufklärung der Druck der Bevölkerung auf die Politiker so stark wird, daß diese sich dem Volkswillen nicht mehr entziehen können. *Wir müssen also nur unsere demokratischen Rechte wahrnehmen!*

Nichts fürchten unsere Feinde und alle internationalen Mächtegruppen so sehr wie die Aufklärung über ihre Machenschaften!

Es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder!

Zu dem Ausländerproblem noch eine Stimme aus Israel: In der »Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung« (24. 11. 1983) wird über den Besuch einer liberalen israelischen Jugendgruppe bei der »Jungen Union« des Landkreises Rendsburg-Eckernförde wie folgt berichtet:

»Weiteres Gesprächsthema war das Ausländerproblem, das von den Israelis immer wieder angesprochen wurde und das sie nach den Aussagen einiger Mitglieder der Reisegruppe rigoroser lösen würden.«

Mit anderen Worten: *Die Deutschen beachten ihre eigenen Lebensrechte zu wenig, bzw. setzen sie gegenüber anderen Völkern zu wenig durch!*

Zu wenig beachtete geschichtliche Zusammenhänge

Die ganze Deutschland-Politik der letzten 100 Jahre und insbesondere die jetzige Nachkriegspolitik sind nicht zu verstehen, wenn man sich nicht den folgenden großen Zusammenhang vor Augen führt, der in keinem Schulgeschichtsbuch steht, also der Öffentlichkeit bewußt vorenthalten wird:

Auf dem großen internationalen Freimaurerkongreß am 16. und 17.

Juli 1889 zu Paris »wurde als das zu erstrebende Ziel ganz offen die Weltrepublik verkündigt«. In der Freimaurerzeitschrift »Mecklenburgisches Logenblatt«, 47. und 48. Jahrgang, 1919/1920, steht in dem Aufsatz: »Auf den Pfaden der internationalen Freimaurerei ...« von Br Ernst Freymann über diesen Kongreß u.a. folgendes:

»Die Freimaurerei sei berufen, als die geeignete Dolmetscherin des Willens der Volkssouveränität die Geschicke der Länder und der ganzen Menschheit zu bestimmen. Auf diesem Kongreß wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der Tag kommen würde, an dem die Monarchien Europas zusammenstürzen...«

»Der vom Groß-Orient von Frankreich bestellte amtliche Kongreßredner Br Francolin führte unter stürmischen Beifallskundgebungen der Kongreßteilnehmer aus:

›Der Tag, an dem die Monarchien zusammenstürzen, wird die allgemeine Völker- und Weltverbrüderung bringen. Das ist das Zukunftsideal, das uns vorschwebt. Unsre Sache ist es, den Anbruch dieses Tages der allgemeinen Verbrüderung zu beschleunigen.‹...«

25 Jahre nach diesem Freimaurerkongreß brach dann im Jahre 1914 »planmäßig« der Erste Weltkrieg aus, der zum Sturz der Monarchien in Rußland (1917), Deutschland und Österreich-Ungarn (1918) führte. Das erste Ziel auf dem Weg zur Weltrepublik (der Sturz der Monarchien in Europa) war erreicht. Beide internationalen Mächtegruppen, die Freimaurerei und die römisch-katholische Kirche, konnten zufrieden sein. Nach dem Sturz des evangelischen deutschen Kaiserhauses äußerte Papst Benedikt XV.:

»Luther ist es, der den Krieg verloren hat.«

Das dem römischen Papste treu ergebene österreichisch-ungarische Kaiserhaus war dabei der römischen Weltmachtpolitik geopfert worden. Trotz der hohen Kriegsverluste waren die Völker Europas doch noch nicht so geschwächt, daß eine Weltrepublik errichtet werden konnte. Kurz nach Beendigung des Ersten Weltkrieges sagte der damals sehr bekannte jüdisch-deutsche Wirtschaftsführer und Politiker, Walther Rathenau, den nächsten Weltkrieg »trotz Völkerpolizei« (= Völkerbund) voraus. Einen Weltkrieg kann man aber nur voraussagen, wenn man die Pläne der »Eingeweihten« oder maßgeblichen Machthaber für die Zukunft kennt.

Rathenau hatte auch unmittelbar nach der Revolution in Deutschland am 21. 11. 1918 an Dr. Holitscher geschrieben, daß er zwanzig Jahre lang

die Waffen der Revolution »geschärft«, also die Revolution vorbereitet habe! (»Walther Rathenau Briefe«, Zweiter Band, 1927, S. 77)

Der für das Jahr 1932 in Aussicht genommene Zweite Weltkrieg mußte verschoben werden, da der von der Feindseite im Ersten Weltkrieg so sehr gefürchtete deutsche General Ludendorff die Pläne für diesen Zweiten Weltkrieg und seine Folgen für die Völker in seiner Schrift »Weltkrieg droht« bekannt gemacht hatte. Erst nach dem Tode Ludendorffs am 20. 12. 1937 konnten die Pläne für den Zweiten Weltkrieg durchgeführt werden, der dann am 1. 9. 1939 als europäischer Krieg begann und im Jahre 1941 zum Weltkrieg wurde.

Eine Weltrepublik kann man nicht mit freien Völkern errichten, da diese ihre Selbständigkeit behalten und sich nicht unter das Joch einer Weltregierung beugen wollen, die sich über die Belange der einzelnen Völker rücksichtslos hinwegsetzt. Sehr stark vermischte Völker dagegen lassen sich leichter beherrschen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß im Jahre 1923 das Buch »Paneuropa« des katholischen Freimaurers hohen Grades, Graf Coudenhove-Kalergi, Sohn eines österreichisch-ungarischen Legationssekretärs und einer japanischen Adeligen, erschien, der darin den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas zu einem Staatenbund forderte und dem eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse für dieses Paneuropa vorschwebte. Graf Coudenhove-Kalergi ist der Gründer der Paneuropa-Union, die seine Ziele weiterhin verfolgt. Gegen diese Pläne nahm General Ludendorff ebenfalls sehr scharf Stellung. Für die Verwirklichung dieser Ziele konnte ein zweiter Weltkrieg nur von Vorteil sein, da jeder Krieg die beteiligten Völker schwächt[10].

Nach dem militärischen Ende des Zweiten Weltkrieges und der Besetzung und Teilung Deutschlands durch die Siegermächte gingen die Vorbereitungen für Paneuropa und damit letztlich für die Weltrepublik weiter. Als eine Vorstufe für Paneuropa ist der wirtschaftliche Zusammenschluß Westeuropas zur EWG (Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) durch den am 25. 3. 1957 in Rom abgeschlossenen Vertrag anzusehen. Am 1. 1. 1973 wurde durch den Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark die EWG zur EG (Europäischen Gemeinschaft) erweitert.

Die Einwanderung der Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland wird auch in dem um die Jahreswende 1970/71 erschienenen Buch »Die deutsche Minderheit in der Bundesrepublik« von Hermann Kassander behandelt. Kassander weist darauf hin, daß die Einwanderung der Ausländer dadurch gefördert wird, daß man Arbeitsplätze erstellt (d.h. Indu-

striebetriebe erweitert oder neue aufbaut), was gleichzeitig einer Verteuerung gleichkommt, anstatt zu rationalisieren, d.h. durch Einsatz von Maschinen Arbeitskräfte einzusparen und so gegebenenfalls die Erzeugung zu erhöhen. Für Ausländer braucht man dann Wohnungen und zum Bau dieser Wohnungen wieder Ausländer usw. Kassander schreibt:

»Zweck der Einpflanzung von Ausländern ist es, vollendete Tatsachen zu schaffen und sich dann darauf zu berufen, es wäre maßlos inhuman« (unmenschlich), »die armen kleinen Italiener, die schon hier geboren sind, und zu alledem nichts können, wieder in ihre Heimatländer zu exportieren, und wir müßten eben die Realitäten anerkennen ... Und natürlich sind wir die Chauvinisten, die Brutalen, die Kriminellen, wenn wir nicht anerkennen. Und die anderen, das sind die armen, kleinen, unterdrückten, die überhaupt nichts dazu können, die schon hier geboren sind, denen Unrecht geschieht... Die Besetzung der BRD durch Ausländer wurde durch Betrug durchgeführt, durch die betrügerische Behauptung, a) wir ›bräuchten‹ Fremdarbeiter, b) sie seien von Vorteil für die Wirtschaft, c) sie kämen nur vorübergehend hierher. Es ist ein unumstrittener Rechtssatz, daß durch Betrug und Gewalt herbeigeführte Maßnahmen null und nichtig sind. Daher hat kein Mensch einen Anspruch darauf, daß wir irgendetwas anerkennen...« (Seite 73/74)

Dem Ziel einer weltweiten Völkervermischung, die praktisch die Voraussetzung zur Errichtung einer Weltrepublik ist, dient auch schon seit Jahren die in Westdeutschland gezüchtete Kinderfeindlichkeit, vor allem auch die Propaganda, daß nur die berufstätige Frau sich »selbst verwirklichen« kann, was einer mittelbaren Herabsetzung des von der Natur aus für die Frau vorgesehenen Berufes der Hausfrau, Mutter und damit Erzieherin des kommenden Geschlechtes gleichkommt. Die Folgen solcher Machenschaften sind der starke Geburtenschwund in der Bundesrepublik Deutschland.

Alle Mittel werden angewendet, um die Ausländer im Lande halten zu können, denn ohne den Verbleib der Ausländer und den Asylantenstrom kann Paneuropa und die dazu notwendige Völkervermischung nicht erreicht werden. Auch die dauernden Verkürzungen der Wochenarbeitszeit müssen einmal unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die rechtliche Grundlage für den Verbleib und weiteren Zuzug von Ausländern, wird daher natürlich nicht von der westdeutschen Regierung gekündigt. Damit die westdeutschen Politiker und Wirtschaftsführer aller großen Parteien im Sinne der Errichtung einer

Weltrepublik arbeiten, werden sie auch zu Geheimtreffen internationaler Gruppen eingeladen. Über eine solche internationale Gruppe, die »Bilderberger«, berichten die »Unabhängigen Nachrichten« (Postfach 400215, 4630 Bochum 4, in Nr. 3/84):

»Dieses Jahr fand in Sandefjord in Norwegen das Treffen der Bilderberger statt. Nach dem Rücktritt von Prinz Bernhard der Niederlande – er mußte sein Amt wegen der Annahme von Bestechungsgeldern von der Firma Lockheed niederlegen – ist der ehemalige deutsche Bundespräsident Walter Scheel Vorsitzender der Bilderberger-Treffen.

Seit dem ersten Treffen im Jahre 1954 im Hotel Bilderberg in Osterbeck, Holland, findet jährlich in einem anderen Land eine dreitägige Konferenz statt, an der jeweils etwa 100 führende europäische und nordamerikanische Vertreter aus Hochfinanz, internationalen Organisationen, Industrie, Politik, Gewerkschaft, Militär, Universitäten und Presse teilnehmen. Sie werden als Treffen der Bilderberger bezeichnet.

In diesem Jahr nahmen in Norwegen Vertreter aus 21 Ländern teil. Aus der Bundesrepublik kamen: Egon Bahr, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion; Alfred Herrhausen, Direktor der Deutschen Bank AG; Helmut Kohl, Bundeskanzler; Otto Graf Lambsdorff, Bundeswirtschaftsminister; Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank; Theo Sommer von der Zeitung ›Die Zeit‹; Otto Wolff von Amerongen, Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages; Manfred Wörner, Bundesverteidigungsminister...

Selbstverständlich waren auch David Rockefeller und Henry A. Kissinger anwesend.

Die Themen sind ›streng vertraulich‹, Ort und Datum wird geheimgehalten und den eingeladenen Journalisten Stillschweigen auferlegt, das bis zur Respektierung auch durch Nachrichtenagenturen geht. Jedes Jahr wird die Teilnehmerliste um 20% erneuert. Das ›ständige Büro‹ ist beauftragt, für eine konstruktive Zusammenarbeit zu sorgen, indem es diejenigen einlädt, beziehungsweise nicht wieder einlädt, die die Auffassungen und Ziele der Gründer nicht teilen...«

Die Europäische Gemeinschaft (EG), die Vorstufe zur politischen Union, zu Paneuropa, gibt mit ihrer Handlungsweise, laufend Überschüsse an landwirtschaftlichen Gütern zu erzeugen und dann diese Überschüsse unter Einsatz erheblicher Geldmittel wieder zu vernichten, jedem normal denkenden Bürger einen Vorgeschmack darauf, was auf ihn in einer politischen Union an zusätzlichen Überraschungen dann noch

dazukommt! Wie wäre ein Betrieb zu beurteilen, der laufend Überschüsse erzeugt und dann diese Überschüsse wieder vernichtet? Der Betriebsinhaber würde sehr schnell als geistig nicht normal bezeichnet werden!

Seit dem Jahre 1945 wird der Krieg gegen unser deutsches Volk zum mindesten vorläufig nicht mit militärischen Mitteln fortgeführt, sondern mit viel heimtückischeren, mit »unblutigen« Mitteln, die schon vor rund 2500 Jahren der Chinese Sun Tsu in die Worte faßte: »Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist.«

Wir leben also bereits seit 1945 in einem dritten Weltkrieg, dem Propagandakrieg, dem Krieg mit unblutigen Mitteln, dem metaphysischen Krieg, der außer uns Deutschen alle übrigen europäischen Staaten und Völker mehr oder weniger auch schon erfaßt hat und der zum Untergang dieser Völker in einem eurasisch-negroiden Menschenbrei führen soll!

Dieser Volkszersetzung durch die Propaganda des Feindes kann man am besten dadurch begegnen, daß man ihr die uralte Weisheit entgegensetzt, die ein anderer Chinese, der chinesische Staatsführer Mao Tse-tung, am 16. 9. 1939 bei einem Gespräch mit drei Korrespondenten der Zentralen Nachrichtenagentur und der Zeitungen Saodang Bao und Hsinmin Bao in die Worte faßte:

»Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen.« (Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1968, Erste Miniatur-Ausgabe 1968, Druck und Verlag in der Volksrepublik China)

Man muß also, kurz gesagt, das Gegenteil von dem tun, was uns die vom Feind gesteuerte Propaganda anpreist!

Den Völkervermischungsplänen, die zum Untergange der Völker Europas führen, muß eine völkererhaltende Politik entgegengesetzt werden – einem Paneuropa mit einer eurasisch-negroiden Mischbevölkerung und dem damit verbundenen Untergang aller europäischen Kulturen muß ein Europa der Vaterländer entgegengesetzt werden, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker für alle Völker verwirklicht wird und in dem jedes Volk sein Leben nach der ihm gemäßen Art gestalten kann.

Hätte man am Ende des Ersten Weltkrieges im Jahre 1919 an Stelle des Diktatfriedens von Versailles und St. Germain die Grenzen in Europa auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker neu gezogen, so hätte es keinen Zweiten Weltkrieg gegeben, denn die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist die beste Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Europa!

Volkserhaltung beim jüdischen Volk

Für einen Außenstehenden erscheint die Tatsache erstaunlich, daß das jüdische Volk, das seit mindestens 2000 Jahren über die ganze Erde hin zerstreut lebt, nicht in seinen zahlenmäßig viel stärkeren Wirtsvölkern aufgegangen ist, sondern als Volk nach wie vor besteht. Die Erklärung für diese Tatsache liegt darin, daß die jüdische Führung schon immer in vorbildlicher Weise für die Erhaltung ihres Volkes gesorgt hat, wie folgende Aussprüche und Feststellungen beweisen:

1. Die jüdische Schriftstellerin Salcia Landmann:

»Eines aber mag dem Buch gelungen sein: zu beweisen, daß der Begriff der Rasse nur zu Unrecht, auf Grund eines historischen Verhängnisses, heute diskreditiert« (in Verruf gebracht) »ist, daß er vielmehr in Wirklichkeit ein wertvolles Instrument zur Erkenntnis historischer und geisteswissenschaftlicher Tatsachen sein kann und daß man ihn folglich mit gutem Gewissen auch im Zusammenhang mit den Juden gebrauchen darf.

Möglicherweise ist es dem Buch auch gelungen, nachzuweisen, daß die Rassenfrage von allem Anfang an und durch die Jahrtausende hindurch bis auf den heutigen Tag für die Existenz, Eigenart, Entwicklung und Erhaltung gerade des jüdischen Volkes eine fundamentale Rolle gepielt hat und daher die Rassisten der Nazizeit nicht in ihrer hohen Einschätzung der Rassenprobleme irrten, sondern nur in der Bewertung und Charakterisierung der einzelnen Rassen und in den Folgerungen, die sie aus ihren Theorien zogen.« (»Die Juden als Rasse«, Walter-Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau 1967, Seite 320/321)

2. Der englische Ministerpräsident jüdischer Abstammung im 19. Jahrhundert, Benjamin Disraeli, läßt in seinem Roman »Endymion« folgendes aussprechen:

»Niemand wird das Prinzip der Rassenunterschiede mit Gleichgültigkeit behandeln wollen. Es ist der Schlüssel der Geschichte, und der Grund, weshalb die Geschichte oft so confus« (verworren) »erscheint, liegt darin, daß sie von Männern geschrieben wurde, welche jenes Prinzip ignorierten und von all der Wissenschaft, die es in sich schließt, nichts wußten...

Sprache und Religion machen keine Rasse; nur Eins macht die Rasse – und das ist das Blut!« (»Endymion« von Earl of Beaconsfield [Benjamin D'Israel], Aus dem Englischen von Professor Dr. C. Böttger. Zweiter Teil, Seite 210, 213, F. A. Brockhaus 1890)

3. Der kürzlich verstorbene Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Nahum Goldmann, in einem Interview im Jahre 1975:

»Das 20. Jahrhundert ist eines der gefährlichsten für das jüdische Volk. Das scheint paradox, die Juden genießen überall in Amerika und in Europa volle Gleichberechtigung. Wirtschaftlich geht es ihnen gut, sie haben politischen Einfluß, doch ist all dies nur Fassade.

Innerhalb der 2000 Jahre haben die Juden gelernt, wie man Verfolgungen überlebt, doch nicht, wie man weiter jüdisch bleibt, wenn es keine Verfolgungen mehr gibt.

In den westlichen Ländern besteht eine große Assimilation« (Angleichung, Vermischung). »Der Prozentsatz der Mischehen steigt. Das Problem ist heute der jüdischen Jugend Motivationen« (Anregungen) »zu geben, daß sie auch weiterhin jüdisch bleibt und sich nicht assimiliert.

In der Vergangenheit beruhte die Existenz des jüdischen Volkes auf der ungeheuren Macht der jüdischen Religion, die das Leben der Juden völlig beherrschte. Mit Hilfe des Antisemitismus haben die Nichtjuden den Juden auch keine andere Möglichkeit offen gelassen, als nur jüdisch zu sein. Heute ist die jüdische Religion nur noch ein Faktor für eine größere Minderheit unter den Juden.« (»Münchener Merkur«, 13. 11. 1975)

4. »Hannoversche Allgemeine Zeitung«, Wochenendbeilage (17./18. 11. 1979):

»Assimilation, die Verschmelzung mit anderen Völkern, ist die uralte Versuchung der Juden in der Zerstreuung, ein Todfeind in den Augen auch ihrer heutigen Führer...

Alexander Ginsburg, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, wettert landauf, landab gegen die Vermischung der Kinder Israels mit den Söhnen und Töchtern anderer Völker im heiligen Zorn eines Propheten: ›Das ist mindestens so schlimm wie Völkermord‹. Feldman« (Direktor der neuen Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg) »schließlich stellt unter Hinweis auf seine Erfahrungen in den USA nüchtern fest: ›Ein bißchen Antisemitismus sichert jüdische Kontinuität‹« (Fortdauer, Fortleben).

5. In der Thora, den 5 Büchern Mose, ist den Juden jede Vermischung mit anderen Völkern verboten (siehe z. B. 5. Mose 7,1–4).

6. Nach der sogenannten babylonischen Gefangenschaft der Juden steht über Esra, einen maßgebenden Priester, im Buche Esra folgendes:

»Und Esra, der Priester, stand auf und sprach zu ihnen: Ihr habt euch

vergriffen, daß ihr fremde Weiber genommen habt, daß ihr der Schuld Israels noch mehr machtet.

So bekennet nun dem Herrn, eurer Väter Gott, und tut sein Wohlgefallen und scheidet euch von den Völkern des Landes und von den fremden Weibern.

Da antwortete die ganze Gemeinde und sprach mit lauter Stimme: Es geschehe, wie du uns gesagt hast.« (Esra 10,10–12)

Ähnliche Worte stehen im Buch Nehemia 13,23–27.

7. Der jüdische Arzt und Schriftsteller Fritz Kahn:

»In genialer Erkenntnis des Problems setzt Esra in einer Volksversammlung den Beschluß durch, daß sämtliche Mischehen gelöst und alle fremden Frauen und Bastardkinder aus der jüdischen Gemeinschaft ausgestoßen werden. Nach feierlicher Eidesleistung wird eine Kommission ernannt, deren Mitglieder in den einzelnen Distrikten für die Durchführung der Maßregel Sorge tragen. ›Und sie vollendeten es an allen Männern, die fremde Weiber heimgeführt hatten‹ – eine in der Geschichte der Völker einzigartige Großtat bewußter Rassenzucht, die das jüdische Volk nicht nur von dem damals drohenden Untergang gerettet, sondern durch ihren weiterwirkenden Geist als einziges von allen antiken Kulturvölkern bis auf den heutigen Tag in seiner spezifischen Eigenart erhalten hat.« (»Die Juden als Rasse und Kulturvolk«, Berlin 1922, Seite 146)

8. Der führende Zionist und Dozent für Soziologie an der hebräischen Universität Jerusalem, Dr. Arthur Ruppin:

»Erst durch die Gesetzgebung Esras trat die Idee von der ›Auserwähltheit‹ des Volkes Israel praktisch ins Leben. Wenn die Konzilien des Mittelalters den Christen mehrfach verboten, mit Juden zu speisen und Ehen mit ihnen einzugehen, so war das nur die reziproke« (wechsel-, gegenseitig) »Anwendung der jüdischen Praxis. Ohne die Abschließung von seiten der Juden hätte es keine Abschließung von seiten der Christen und kein Judenghetto gegeben.« (»Die Juden der Gegenwart«, Berlin 1920, 3. Auflage, Seite 121)

9. Der jüdische Lyriker und Dramatiker Max Brod:

»Denn historisch ist ja sicher, daß die Juden aller Weltteile mehr als zweitausend Jahre lang (seit Esra) mit ganz geringfügigen Ausnahmen nur untereinander geheiratet haben. Dadurch hat sich, obwohl die Rasse vielleicht von Anfang an eine Mischung mehrerer Völker war, eine Konstanz« (Unveränderlichkeit) »der jüdischen Typen (physiologisch und psychologisch) und eine Blutsgemeinschaft ausgebildet, die unser Volkstum

konstituiert« (gründet). »Nur die Mischehe kann diese Konstanz aufheben. Ohne Überhandnehmen der Mischehe bleibt der rassenhafte Unterschied zwischen Juden und einem anderen Volke viel deutlicher als etwa der zwischen Tschechen und Deutschen, die vielfach desselben Blutes sind, denselben Gesichtstypus zeigen usw. – Tscheche oder Deutscher werden viele durch die Erziehung. Jude ist man durch Geburt . . .« (»Im Kampf um das Judentum«, Wien 1920, Seite 76)

10. Dr. Bernhard Cohn in »Jüdisch-politische Zeitfragen«, Berlin 1899:

»Die Mischehe muß verpönt sein, sie untergräbt die Existenz des Judentums, sie nagt an den kräftigsten Wurzeln derselben.« (Seite 57)

11. Die Zeitung »The Jewish World«, London (14. 12. 1922):

»Der Jude bleibt Jude, auch wenn er die Religion wechselt; ein Christ, der die jüdische Religion annimmt, wird dadurch kein Jude, weil der Begriff Jude nicht von der Religion abhängt, sondern von der Rasse, und ein freidenkerischer, selbst ein gottloser Jude ebensosehr Jude bleibt wie irgendein Rabbiner.«

12. Der jüdische Schriftsteller und Historiker Simon Markowitsch Dubnow:

»Die Vorherrschaft des Rassenprinzips im jüdischen Volkstypus läßt sich in den uralten Zeiten der Patriarchen, der ägyptischen Sklaverei und der Richterhelden konstatieren.« (»Die Grundlagen des Nationaljudentums«, Berlin 1905, Seite 34)

13. Der Rabbiner Max Joseph:

»Die Rasse hindert uns viel mehr als die Religion, uns mit unserer Umgebung zu vermischen und in ihr aufzugehen.« (»Das Judentum am Scheidewege«, Berlin 1908, Seite 19)

Zusammenfassend kann man zu dem Beispiel des jüdischen Volkes feststellen, daß es den Führern dieses Volkes gelungen ist, durch scharfe Rassengesetze ungefähr die gleiche Zusammensetzung aus verschiedenen Rassen, die dieses Volk schon vor vielen Jahrhunderten hatte, mittels der Religion, die das jüdische Leben bis in kleinste Kleinigkeiten hinein regelt, zu erhalten. Ohne die Religion, die ein scharfes Sittengesetz darstellt, und das damit zusammenhängende starke Rassebewußtsein wäre das jüdische Volk bei seiner Zerstreuung über die ganze Welt längst in seinen zahlenmäßig viel stärkeren Wirtsvölkern aufgegangen. Nicht umsonst sind die jüdischen Führer schon immer sehr in Sorge um das

Weiterbestehen ihres Volkes; sie fürchten die Assimilation! Assimilation (Angleichung, Vermischung) bedeutet den Untergang jeden Volkes!

Während der Zeit des Nationalsozialismus schrieb der junge, zionistische Rabbiner Joachim Prinz im Jahre 1934:

»... wir wünschen an die Stelle der Assimilation das Neue gesetzt: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und zur jüdischen Rasse.« (Günther Deschner: »Reinhard Heydrich, Statthalter der totalen Macht, Biographie«, Bechtle Verlag, Eßlingen, 1977, Seite 169)

Auf diese tödliche Gefahr der Assimilation wies auch der Zentralrat der Juden in Deutschland in seinen Gedenkworten zur vierzigjährigen Wiederkehr des Warschauer Ghettoaufstandes in der »Allgemeine jüdische Wochenzeitung« vom 15. 4. 1983 hin:

»Die Erfahrungen in diesem Jahrhundert haben hinlänglich dokumentiert, wie unsere Substanz verlorengeht, wenn wir versuchen, uns anzugleichen und uns um die Entscheidung zum Judentum zu drücken. Überleben heißt für uns, jüdisch leben, und darum dürfen wir weder gleichgültig noch gar verzicht- und kompromißbereit jene dulden oder gar mit jenen paktieren, die unsere Rechte einengen oder beschneiden wollen. Dieses Gebot erfährt seinen besonderen Wert und seine Aktualität in der Existenz und im Lebenswillen des Staates Israel, der vor 35 Jahren gegründet wurde. Vom Geist der Juden im Warschauer Ghetto führt ein direkter Weg zur Staatsgründung Israels und seinem Willen und seiner Fähigkeit, seine Existenz zu sichern und sich zu behaupten. Diese 35 Jahre sind ein historisch einmaliger Nachweis, zu welchen Leistungen das Judentum fähig ist, wenn es sich auf sich selbst besinnt und sich bekennt.«

Besinnen wir Deutschen uns endlich wie die Juden auf uns selbst, bekennen uns zu unserem Deutschtum, übernehmen den Satz »Überleben heißt jüdisch leben«, der als Überschrift über den Gedenkworten des Zentralrates der Juden steht, entsprechend auf unsere heutigen deutschen Verhältnisse und handeln nach den Worten: *»Überleben heißt deutsch leben!«*

Anmerkungen

[1] Auf diese ganzen Probleme bin ich in der Schrift »Ausländer-Integration ist Völkermord«, Verlag Hohe Warte, 8121 Pähl, näher eingegangen.

[2] W. Seeger: Ausländer-Integration ist Völkermord, Pähl, 12. Aufl. 1984.

[3] Statt »Sätzen« muß es wohl »Staaten« heißen.

[4] Hier ist China nicht erwähnt.

[5] Hier ist Lettland nicht erwähnt.
[6] Statt »f« muß es wohl »e« heißen.
[7] Hier wurde die Schweiz nicht erwähnt.
[8] W. Seeger, »Der Weg zur deutschen Einheit«, Grabert-Verlag, Tübingen 1983.
[9] Siehe auch Gerhard Müller, »Überstaatliche Machtpolitik im 20. Jahrhundert«, Verlag Hohe Warte, S. 269 ff.
[10] Der amerikanische Professor Ernest Albert Hooton von der Harvard-Universität forderte während des Zweiten Weltkrieges als Maßnahme gegen Deutschland u. a.:

»Während der Zeit der Besatzung und Überwachung der deutschen Teilstaaten soll die Einwanderung und Ansiedlung nichtdeutscher Menschen, insbesondere nichtdeutscher Männer, in Deutschland gefördert werden.« (US-Zeitschrift »PM« vom 4. 1. 1943 – siehe »Nation Europa«, Coburg, Heft 5/83, S. 62)

Eines der Kriegsziele Stalins war die »Aufhebung der rassischen Exklusivität« (Besonderheit) – siehe »One World« von Wendell L. Willkie, republikanischer Präsidentschaftskandidat der USA im Jahre 1940, Simon und Schuster, New York, 1943, S. 85.

Gesamtherstellung: Gulde-Druck GmbH, Tübingen

Deutschland
in Geschichte und Gegenwart

Vierteljahres-Zeitschrift für Kultur, Geistesgeschichte und Politik

Herausgegeben in Verbindung mit zahlreichen Fachgelehrten des In- und Auslandes von Wigbert Grabert

Jahresbezugspreis
DM 36,– (Inland) DM 38,– (Ausland)

In 32 Ländern der Welt gelesen, nimmt die Vierteljahreszeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" in Grundsatzartikeln zu den Hauptfragen Deutschlands und seiner europäischen Nachbarn Stellung, insbesondere tritt sie vorbehaltslos für die geistige und biologische Erhaltung des deutschen Volkes ein. Wissenschaftler und Schriftsteller deuten die Zeit, tragen neue Erkenntnisse vor und warnen vor Fehlentwicklungen. Allein dem gesamtdeutschen Anliegen verpflichtet, beachtet die Zeitschrift weder Umerziehungtabus noch opportunistische Zeitmoden, sondern vertritt eine moderne, auch von den Naturwissenschaften bestätigte konservative Haltung.
Diese Offenheit gilt besonders für die Fragen der Zeitgeschichte, deren Revision nach jahrzehntelanger Umerziehungspropaganda immer vordringlicher wird. So nimmt die Frage nach der Schuld an beiden Weltkriegen wie nach der Abwendung des unser Volk tödlich bedrohenden Geburtenschwundes ,eine ebenso wichtige Stellung ein wie das Ringen um moderne gesellschafts- und staatspolitische Formen für Deutschland. Beide sind unlösbar mit der wieder stärker an die Öffentlichkeit getretenen Frage der deutschen Identität, des deutschen Selbstbewußtsein und Selbstbehauptungswillens, verbunden, die ihrerseits ohne das Wissen um die deutsche Herkunft und Eigenart nicht zu beantworten sind.
Mit dem Wissen um die Vergangenheit die Zukunft gestaltend, will die Zeitschrift der deutschen und europäischen Sache dienen und Auswege aus der geistigen Krise unserer Zeit aufzeigen. Wissenschaftler wie die Professoren Robert Hepp, Fritz Münch, Heinrich Schade und Bernard Willms, Zeitgeschichtler wie Dr. Alfred Schickel oder Dr. Georg Franz-Willing, politische Schriftsteller wie Alain de Benoist, Jordis von Lohausen, Wilfred von Oven und Nikolaus von Preradovich, Vorgeschichtsforscher wie Dr. Elisabeth Neumann-Gundrum oder Jürgen Spanuth stehen als Autoren für dieses Programm.

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an!



Bestellschein

Hiermit bestelle ich:

___ Expl. DEUTSCHLAND ohne DEUTSCHE
Staffelpreise s. unten

___ Expl. EUROPÄISCHE UNION
- PANEUROPA - Staffelpreise s. S. 36

___ Jahresabonnement der Vierteljahreszeitschrift
DEUTSCHLAND IN GESCHICHTE
UND GEGENWART DM 36,-

Sonstiges: ....

....

....

....

Absender:

Name: ....

Straße: ....

PLZ, Ort: ....

Datum u. Unterschrift: ....

Postkarte

--------✂--

Prof. Dr. Heinrich Schade, Prof. Dr. Robert Hepp,
Prof. Dr. Helmut Schröcke

DEUTSCHLAND OHNE DEUTSCHE

Genosuizid – Volksselbstmord; Das deutsche Volk in der Todesspirale;
Volk – Völker – Deutsches Volk; Forderungen zur Ausländerpolitik
Sonderdruck aus

DEUTSCHLAND IN GESCHICHTE UND GEGENWART

Seit Jahre sterben in Westdeutschland mehr Menschen als Kinder geboren werden und nimmt die Zahl der Ausländer erschreckend zu. Vom Wohlstandsmaterialismus verblendet, treibt das deutsche Volk in der Todesspirale. Drei anerkannte Wissenschaftler – ein Humangenetiker, ein Soziologe und ein Naturwissenschaftler – untersuchen Ursache, Hintergründe und Folgen des bedrohlichen Geburtendefizits und der begleitenden Überfremdung durch Millionen Ausländer. In Programm und Forderungen gibt der »Schutzbund für das Deutsche Volk (SDV)« den Ausweg aus dieser Notlage an. Eine aufrüttelnde Broschüre zur weitesten Verbreitung!

Helfen Sie bei dieser wichtigen Aufklärungsarbeit mit!
Nutzen Sie die günstigen Staffelpreise:
einzeln DM 5,–; ab 10 Expl. je DM 3,50; ab 50 Expl. je DM 2,–; ab 100 Expl. je DM 1.50; ab 1000 Expl. Preis auf Anfrage, jeweils zuzüglich Versandkosten.

